

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1023
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 10.12.2008

N i e d e r s c h r i f t

der 17. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport

am Mittwoch, dem 03.12.2008,

Versailles-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:00 - 20:15 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker

Herr Prof. Dr. Klaus Kramer

Herr Jörg Schreiber

Frau Christine Wagener

Herr Carsten Zörb

(in Vertretung für Stv. Kräske)

(in Vertretung für Stv. Sator)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz

Frau Eva Janzen

Frau Elisabeth Langwasser

Herr Frank Walter Schmidt

(in Vertretung für Stv. Sommer)

(in Vertr. für Stv. Kraushaar-Hoffmann)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe

Frau Edith Nürnberger

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich **Ausschussvorsitzender**

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Außerdem:

Frau Dr. Bettina Speiser

Fraktion B'90/Die Grünen (ab 19:10 Uhr)

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann Oberbürgermeister
Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Simone Benz Schriftführerin

Gäste/Sachverständige:

Frau Beckers Stellv. Geschäftsführerin, Verbraucherzentrale Hessen
Frau Pertermann Leiterin, Beratungsstelle Gießen, Verbraucherzentrale Hessen
Frau Kaisers Mieterbund

Entschuldigt:

Herr Dieter Kräske CDU-Fraktion
Frau Hannelore Kraushaar-
Hoffmann SPD-Fraktion

Entschuldigt:

Frau Julia-Christina Sator CDU-Fraktion
Herr Peter Sommer SPD-Fraktion

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Verbraucherzentrale Gießen, Beratungsstelle Gießen;
hier: Vorstellung
3. Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den STV/2049/2008
Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt
der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 19.11.2008 -
4. Personalausstattung der städtischen Kitas STV/2070/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2008 -

- | | | |
|----|---|---------------|
| 5. | Weitere Stellen für das Jugendamt
- Antrag der Linke.Fraktion vom 24.11.2008 - | STV/2072/2008 |
| 6. | Ausgabe eines Kulturpasses
- Antrag der Linke.Fraktion vom 24.11.2008 - | STV/2073/2008 |
| 7. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Verbraucherzentrale Gießen, Beratungsstelle Gießen; hier: Vorstellung

Frau Beckers, stellvertretende Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale Hessen und **Frau Pertermann**, Leiterin der Beratungsstelle Gießen, stellen die Arbeit der Einrichtung vor.

Zur Zeit werden aufgrund der Finanzkrise Beratungen verstärkt in Anspruch genommen. Es gebe eigens eine Telefon-Hotline hierzu. **Frau Pertermann** bedauert, dass die Beratungsstelle Gießen sich aus personellen Gründen daran nicht beteiligen könne. Unter anderem vor diesem Hintergrund wäre eine zusätzliche Viertelstelle wünschenswert.

Frau Pertermann erläutert, dass der Etat der Gießener Beratungsstelle im Jahre 2007 bei 194 000€ gelegen habe. In diesem Jahr seien 110 000 € geplant. Die Stadt Gießen stellen einen Betrag von 19 000 € in 2007 und 18 000 in 2008 zur Verfügung. Der Beitrag des Landkreises falle deutlich geringer aus. (2007: 4000 €, 2008: 5000 €) Die Eigeneinnahme der Gießener Beratungsstelle der Verbraucherzentrale belaufen sich auf 17 700 € in 2007 und in 2008 (Stand November) bisher auf 18 000 €.

Als Beratungsgebühr veranschlage die Verbraucherzentrale 20 € je Viertelstunde. Der größte Teil der Berater bestehe aus Medizinern und Juristen.

Vorsitzender Greilich bedankt sich bei Frau Beckers und Frau Pertermann für die gegebenen Informationen.

3. **Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen** **STV/2049/2008**
- Antrag des Magistrats vom 19.11.2008 -
-

Antrag:

„Als stimmberechtigtes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss soll gemäß § 4 (1) c der Jugendamtssatzung als stimmberechtigtes Mitglied Herr Joachim Tschakert, geb. 20.05.1955 als neuer Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe gewählt werden.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

4. **Personalausstattung der städtischen Kitas** **STV/2070/2008**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 24.11.2008 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert zu berichten, warum von den 4,5 Stellen, die bei der Überführung der Kita Anne-Frank-Straße an einen freien Träger an die Stadt zurückgefallen sind, nur 2 Stellen für die Verbesserung der Personalausstattung der städtischen Kitas vorgesehen sind.“

Stv. Bietz erkundigt sich bei Bürgermeister Weigel-Greilich, warum ein entsprechender Beschluss des Jugendhilfeausschusses zur Verbesserung der Personalausstattung der städtischen Kitas nicht umgesetzt wird.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erläutert, sie habe bereits in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.08.2008 darauf hingewiesen, dass die in der Kita Anne-Frank-Str. vorhandenen Planstellen nach der Übernahme durch einen freien Träger beim Jugendamt verbleiben sollen und **überwiegend** für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung und Qualitätsverbesserung in den verbleibenden städtischen Kindertagesstätten genutzt werden sollen. Sie verweist hierzu auf ihren bereits schriftlich gegeben Bericht. Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Stv. Bietz erklärt, der Bericht sei gegeben und der Antrag damit erledigt.

Beratungsergebnis: Die antragstellende Fraktion erklärt den Antrag als erledigt.

5. **Weitere Stellen für das Jugendamt**
- Antrag der Linke.Fraktion vom 24.11.2008 -

STV/2072/2008

Antrag:

„Beim Jugendamt sind aufgrund der immer noch zu starken Arbeitsbelastung drei weitere Stellen einzurichten. Hierfür sollten ein/e Psychologe/Psychologin, ein/e Arzt/Ärztin und jemand mit Migrationshintergrund bevorzugt eingestellt werden.“

Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion, begründet den Antrag. Er vertritt die Auffassung, dass es, auch aufgrund der hohen Arbeitsbelastung der Mitarbeiter des Jugendamtes, erforderlich sei, Fachleute, die aufgrund ihrer Ausbildung zu diagnostizieren in der Lage seien, einzustellen.

Stv. Bietz führt aus, die SPD-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen. Es gebe bereits einen Antrag des Jugendhilfeausschusses auf Einrichtung 6 neuer Stellen, den die Stadtverordnetenversammlung bei der Haushaltsplanberatung zu beschließen habe.

Sie persönlich halte sich nicht für befugt oder kompetent abzuwägen wer eingestellt werden solle.

Stv. Becker, CDU-Fraktion, schließt sich den Ausführungen von Frau Bietz an.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, er halte sich durchaus für einen fachlich erfahrenen Arzt in diesem Bereich und er sei nicht der Meinung, dass hier Ärzte beschäftigt werden sollten. Es gehe zunächst um eine sozialpädagogische Diagnose. Das ist eine völlig andere Sichtweise und auch ein anderes Facharbeitsgebiet.

Er betont, man dürfe die Arbeit des Sozialen Dienstes und des Jugendamtes nicht mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie verwechseln. Wenn dies geschehe, bekomme man eine völlige „Medizinialisierung“ dieses Gebiets.

Der sozialpädagogische Auftrag, mit entsprechenden Fachkräften, sei an dieser Stelle sinnvoll. Es werde im Jugendamt entschieden, ob psychologischer oder fachärztlicher Sachverstand hinzugezogen werden solle. Die entscheidende Kompetenz für die Arbeit sei die sozialpädagogische, die im Jugendamt auch ausreichend vorhanden sei.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE).

6. **Ausgabe eines Kulturpasses**
- Antrag der Linke.Fraktion vom 24.11.2008 -

STV/2073/2008

Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, dem Beispiel Frankfurt folgend, einen Kulturpass auszugeben für:

1. ALG-II-Bezieher,
2. Menschen mit sonstigen Unterstützungen zum Lebensunterhalt,
3. Rentner und Rentnerinnen, die eine Grundsicherung beziehen,
4. Asylbewerber, die Hilfe beziehen,
5. Entsprechend Kinder, auf die familienbedingt vorgenannte Punkte zutreffen,
6. Obdachlose,
7. Geringverdiener.

Dieser Ausweis kann gegen eine Gebühr von einem Euro erworben werden und berechtigt zum kostenlosen -bzw. geringen Beitrag von einem Euro zu Besuchen von Kulturveranstaltungen, Museen wie Liebig-Museum oder Mathematekum. Außerdem sollen private Institutionen, Vereine und Organisationen angesprochen werden, um sich an einer derartigen Initiative zu beteiligen.“

Stv. Beltz trägt zur Begründung des Antrages vor, dass es keinem Menschen aufgrund seiner finanziellen Lage verwehrt werden dürfe, an kulturellen Ereignissen teilzunehmen. In diesem Zusammenhang weist er auf den Frankfurter Kulturpass hin, der von dem Verein „Kultur für ALLE e. V.“ an Interessierte ausgegeben wird, mit dem die Inhaber z. B. Restkarten unterschiedlicher Veranstaltungen an der Abendkasse kostenlos erhalten.

Stv. Becker, CDU-Fraktion, führt aus, der Frankfurter Kulturpass sei die Initiative eines Vereins. Die Stadt Frankfurt sei dabei in keiner Weise Involviert. Die Stadt Gießen habe bereits den Gießen Pass, der bei weitem über das Angebot des Frankfurter Kulturpasses hinausgehen.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich hält es nicht für sinnvoll einen Kulturpass einzurichten. Falls es noch weiter Vergünstigungen im kulturellen Bereich geben solle, müssten die Berechtigten sie ebenfalls mit dem Gießen Pass erhalten können.

Es besteht Einigkeit der Ausschussmitglieder darüber, dass es sich bei diesem Antrag primär um eine Angelegenheit des Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur handele. Er wird zur Beschlussfassung dorthin verwiesen.

Beratungsergebnis:

Verwiesen an den Ausschuss für Schule, Bildung und Kultur.

7. Verschiedenes

- **Bürgermeisterin Weigel-Greilich erklärt**, sie wolle ihrem in einer der letzten Sitzungen gegebenen Versprechen nachkommen und habe drei Beispielsrechnungen für die gestaffelte Mittagessengebühr in den städtischen Kitas verteilt. Sie selbst könne keine detaillierte Auskunft dazu geben. Sie bittet die Ausschussmitglieder, sich damit zu beschäftigen und in einer späteren Sitzung, wenn Herr Prinz oder Herr Phillip vom Jugendamt anwesend seien, könne man dann Sachfragen vertiefen.
- **Stv. Bietz**, SPD-Fraktion, führt aus, ihr sei heute unabhängig voneinander von zwei Fälle berichtet worden, wo Hartz IV-Empfängern eine Aufforderung zur Nachzahlung von Energiekosten von den Stadtwerken erhalten haben. Die Forderungen betragen ca. 200 - 300 €. Die Betroffenen haben bei den Stadtwerken um Stundung oder Ratenzahlung gebeten, dies wurde jedoch abgelehnt. Sie halte dies für einen ungeheuerlichen Zustand. Ein Hartz IV-Empfänger sei nicht in der Lage, 300 € in einem Betrag nachzuzahlen.

Oberbürgermeister Haumann äußert, diese Verfahrensweise sei nicht der abgesprochene Weg mit den Stadtwerken. Die Möglichkeit der Stundung müsse es auf jeden Fall geben. Er bittet Stv. Bietz, ihm die Namen der Betroffenen und auch des zuständigen Sachbearbeiters bei den Stadtwerken zu nennen. Er wolle sich persönlich um die Angelegenheit kümmern.

- **Oberbürgermeister Haumann** informiert den Ausschuss darüber, dass er gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten den Auftrag erteilt habe, einen Behindertenwegweiser ähnlich dem Seniorenwegweiser umzusetzen. Dies sei ein lange gehegter Wunsch der Behindertenverbände. Der redaktionelle Teil sei soweit fertig gestellt. Es liegen erste Entwürfe vor und er gehe davon aus, dass der Wegweiser in der ersten Jahreshälfte 2009 vorliegen werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Dr. Greilich

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Benz